

04. Oktober 2024 um 10:00  
Ein Artikel von: Magda von Garrel



Titelbild: RossHelen/shutterstock.com

# Mittäterschaft – Unser eigener Anteil am sukzessiven Verlust unserer Autonomie

In einem sehr konkreten Sinne ist vielen Menschen durchaus bewusst, dass ihnen immer weniger (Wahl-)Möglichkeiten zur Verfügung stehen, was sich einschließlich des Dienstleistungssektors schon seit Längerem auch im alltäglichen Leben bemerkbar macht. In solchen Fällen (Beispiel: Verkehrsberuhigung in Form kontraproduktiver Dauerblockierungen von Zufahrtswegen) regt sich auch Widerstand, während die nicht so sicht- und fühlbaren Einschränkungen unserer Handlungsspielräume oft nur am Rande registriert und/oder achselzuckend hingenommen werden. Unser weitgehendes Desinteresse an derartigen Entwicklungen ist eine Form der Mittäterschaft, zu der aber auch zahlreiche zustimmende Varianten gehören. Im nachfolgenden Text geht es vor allem um Mittäterschaft im Sinne einer von uns in ganz unterschiedlichen Bereichen und teilweise schon sehr früh praktizierten Anpassungsbereitschaft an die von außen kommenden (zumeist profitorientierten) Weichenstellungen.

MAGDA VON GARREL.

## Anpassungen im Konsumbereich

Bereits 1949 wurde der erste Supermarkt und damit der erste Selbstbedienungsladen in der damaligen BRD eröffnet. In den nachfolgenden Jahren schlossen sich Discounter wie Aldi, Lidl, Rewe und Edeka diesem Konzept an, das sich nach anfänglichem Zögern rasch durchsetzte, obwohl die Gründungsfilialen in aller Re-

gel keinen besonders ansprechenden Eindruck erweckten.

Da die Discounter oft gar keine Verkäuferinnen mehr beschäftigten, konnten sie ihre Waren vergleichsweise preisgünstig anbieten, was sehr zu deren immer größer werdender Beliebtheit beitrug. Nach Übertragung des Selbstbedienungskonzepts auf andere Branchen kam es schon bald zu Zusammenballungen von Geschäften in Form

von Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“, die oft nur noch mit dem Auto erreichbar waren.

Selbstbedienung wurde aber nicht nur wegen der damit einhergehenden Preisvorteile zu einem Erfolgsmodell, sondern auch wegen des bei den Kunden hervorgerufenen Gefühls der Unabhängigkeit. Mit anderen Worten sah es lange Zeit danach aus, als ob beide Seiten von diesem Konzept profitieren würden.

Tatsächlich stehen der gefühlten Konsumfreiheit hohe gesellschaftliche Kosten gegenüber, die von uns allen getragen und bewältigt werden müssen. Selbstbedienung läuft immer auf einen Verlust von Arbeitsplätzen hinaus, und Selbstbedienung in konzentrierter Form (Stichwort „grüne Wiese“) beeinträchtigt unsere Lebensqualität sogar in mehrfacher Hinsicht (drastische Verringerung wohnortnaher Einkaufsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Zunahme des Abgase produzierenden Autoverkehrs).

## **Anpassungen im Dienstleistungsbereich**

Während wir uns im vordigitalen Zeitalter noch mehr oder weniger freiwillig den von den Discountern eingeleiteten neuen Weichenstellungen angepasst haben, werden wir inzwischen immer häufiger auch dann zu Anpassungen gezwungen, wenn diese erkennbar nicht vorteilhaft für uns sind. Mit der (Teil-)Privatisierung von Post und Bahn hat eine Entwicklung eingesetzt, die als „Abwälzungsstrategie“ bezeichnet werden könnte. Im Interesse der jeweiligen Aktionäre ist es in beiden Bereichen zu einem besonders massiven Abbau des (Stamm-)Personals und damit der einst selbstverständlichen Serviceleistungen gekommen.

Um nur einige Beispiele der nun von den Kunden selbst zu erbringenden Leistungen zu nennen: Fahrkarten werden nicht mehr vor Antritt einer Reise an Fahrkartenschaltern ausgegeben, sondern müssen zunehmend online erworben werden. Menschen, denen das (wegen eines fehlenden Computers oder wegen der relativ komplizierten Formulare) nicht möglich ist, sind darüber hinaus gezwungen, sich an Familienmitglieder oder Nachbarn zu wenden, damit diese den Kartenkauf stellvertretend übernehmen können.

Demgegenüber hat sich die Bahn für Dauerkunden eine ganz andere Strategie ausgedacht, indem sie kurzerhand (angeblich aus Umweltschutzgründen) die Bahncards abgeschafft und stattdessen den Erwerb per Smartphones eingeführt hat. Das ist zwar eine sehr bequem zu handhabende Variante, bedeutet aber auch, dass Nichtbesitzer

von Smartphones außen vor bleiben, wenn sie sich die noch vorhandene, aber mit hohen Kosten verbundene alternative Beschaffungsmöglichkeit nicht leisten können.

Über solche Fragen denken gerade junge Menschen, die mit digitalen Geräten aufgewachsen sind, kaum noch nach. Außerdem nehmen sie es ziemlich gelassen hin, dass sie bei der Benutzung von Smartphones immer auch getrackt werden können.

Für die heutige Post gilt: Die Briefzustellung dauert immer länger, und Pakete werden trotz Anwesenheit des Empfängers oft schon gar nicht mehr ausgehändigt, sondern gleich zu Abholstationen gebracht, bei denen es sich nicht selten um weit entfernt liegende Kioske handeln kann.

Die Einbeziehung der Kioske ist eine direkte Folge der zunehmenden Schließung wohnortnaher Postfilialen. Insofern lassen sich in diesem Bereich zwei wesentliche Übereinstimmungen mit dem im Konsumbereich schon früh verankerten Selbstbedienungsprinzip feststellen: zum einen die Kompensation des Personalabbaus durch Verlagerung der Serviceleistungen auf die Kunden und zum anderen die „Abwicklung“ wohnortnaher Standorte, die unter dem Stichwort Verödung der Innenstädte und Dörfer schon oft, aber zu meist erfolglos beklagt worden ist.

Das gilt nicht zuletzt für die im Interesse ihrer jeweiligen Aktionäre handelnden Verantwortlichen, die sich davon überzeugt zeigen, dass die ersatzweise angebotenen Online-Alternativen den Bedürfnissen speziell der älteren Menschen sehr entgegenkämen. Bei dieser Argumentation wird geflissentlich unterschlagen, dass die von ihnen betriebene Kahlschlagpolitik vielen Menschen schon gar keine andere Wahl mehr lässt. Aber auch diejenigen, die diesen Weg tatsächlich freiwillig mitgehen, sollten bedenken, dass sie auf diese Weise zu einer Zementierung fremdbestimmter Lebensbedingungen beitragen.

## **Anpassungen im Gesundheitsbereich**

Im Gesundheitsbereich haben sich gleich zwei Selbstbeteiligungsformen herausgebildet: Selbstüberwachung und Selbstdiagnose. Eine vergleichsweise lange Tradition hat die Selbstüberwachung, die von Patienten mit Bluthochdruck oder Diabetes zur Kontrolle der für sie relevanten Werte durchgeführt wird.

Mit dem Aufkommen der computergestützten Kontrollmöglichkeiten ist die eigene Überwachung diverser Körperfunktionen zu einem Massenphänomen geworden. Die Attraktivität der zu diesem Zweck konzipierten Geräte (insbesondere Fitnessarmbänder und -uhren) ergibt sich nicht zuletzt aus der Verbindung mit gesundheitsfördernden Verhaltenstipps.

Bewusst oder unbewusst identifizieren sich viele Nutzer mit der dahinterstehenden Botschaft, ganz allein für die Gesunderhaltung ihres Körpers verantwortlich zu sein, weshalb andere Faktoren wie Umweltgifte oder Leistungsstress gar nicht mehr in Betracht gezogen werden. Inzwischen ist die Entwicklung schon so weit gediehen, dass sich Arbeitnehmer teilweise sogar mit Smartphones ausstatten lassen, die auf eine 24-stündige Überwachung (also einschließlich des Schlafes) ausgelegt sind.

Auch wenn im letztgenannten Fall die Freiwilligkeit wohl eher nicht gegeben ist, bleibt festzuhalten, dass man uns viel einreden kann. Die meisten Nutzer der computergestützten Gesundheitsprogramme dürften davon überzeugt sein, dass sie in hohem Maße selbstwirksam handeln, und übersehen dabei völlig, dass sie aus Sicht der Anbieter in erster Linie als Lieferanten von Daten fungieren, die im Gesundheitsbereich ganz besonders begehrt sind.

Wie eingangs bereits erwähnt worden ist, findet das Mittun im Gesundheitsbereich auch in Form von Selbstdiagnosen statt. In Gang gesetzt wurde dieser Trend vor allem in den Corona-Jahren, in denen PCR-Tests nicht nur in Testzentren stattfanden, sondern auch als

eigenhändig durchzuführende Schnelltests angeboten wurden. Zur Durchführung von Selbstdiagnosen im Beisein von Veranstaltern fühlte man sich verpflichtet, wenn man nicht im wahren Sinne des Wortes draußen bleiben wollte. Mit anderen Worten unterzogen sich die Teilnahmemwilligen diesen Tests vermutlich nur bedingt aus freien Stücken, aber der damit verbundene Gewöhnungseffekt trat trotzdem ein.

Allerdings hat sich das diagnostische Interesse inzwischen verlagert. Aktuell hoch im Kurs stehen Selbsttests, bei denen es beispielsweise um die Feststellung eines Vitaminmangels oder des Zustandes der Schilddrüse (Über- oder Unterfunktion) geht. Auch wenn die Ergebnisse der relativ teuren Selbsttests nicht sonderlich zuverlässig sind und somit keine Laboruntersuchungen ersetzen können, liegen sie ganz auf der in den Corona-Jahren forcierten Linie, ärztliche Diagnoseleistungen Stück für Stück auszulagern.

Für Patienten, die sich daran beteiligen wollen, gibt es schon jetzt Selbsttestköfferchen, wobei die selbst ermittelten Daten (zum Beispiel zur Herzfrequenz) vermutlich auch in die KI-gestützten Diagnoseprogramme einfließen. Für die zu diesem Zweck entwickelten Programme gilt, dass sie tendenziell überall auf der Welt ausgelesen werden können und für die Schlussentscheidung nur noch die Anwesenheit eines einzigen Arztes erforderlich ist. Mit einer deutlichen Zunahme der überwiegend extern generierten Diagnosen ist schon allein deshalb zu rechnen, weil die derzeit geplante Krankenhausreform nicht nur weitere Schließungen von Krankenhäusern, sondern (wegen der ebenfalls geplanten Einsätze niedergelassener Ärzte in Krankenhäusern) darüber hinaus etliche Praxisschließungen mit sich bringen wird.

Angesichts der Tatsache, dass inzwischen auch die Krankenhäuser in großem Stil privatisiert worden sind, ist es kaum verwunderlich, dass selbst in diesem Bereich dasselbe Grundmuster anzutreffen ist: ein durch unbezahltes Outsourcing kompensierter Personalabbau einerseits und die Entfernung aus der Wohnortnähe andererseits. In

diesem Fall kommt noch hinzu, dass die Patienten zur Hälfte an den mit der Umstrukturierung verbundenen enormen Kosten beteiligt werden sollen.

### **Anpassungen im Währungsbereich**

Die Älteren unter uns werden sich daran erinnern, dass Bankkonten in der Anfangszeit der BRD unüblich waren und den Arbeitnehmern der ihnen zustehende Wochen- oder Monatslohn direkt ausbezahlt wurde. Mit der vermehrten Einrichtung von Konten verlagerte sich der Zahlungsverkehr auf die (immerhin noch zahlreich vorhandenen) Banken. Für die Zahlungsvorgänge standen spezielle, von den Kontoinhabern auszufüllende Formulare zur Verfügung. Im Vergleich dazu waren die später eingeführten Girokarten schon bequemer zu handhaben, und je mehr straßenseitig zugängliche Bankautomaten eingerichtet wurden, desto häufiger wurden die Karten auch eingesetzt.

Obwohl in den nachfolgenden Jahren immer mehr Karten und Bezahlungssysteme auf den Markt kamen, hielten (insbesondere die Deutschen) an Bargeldzahlungen fest. Zum allmählichen Umschwung trug auch der bewusste Abbau von Geldautomaten und Bankfilialen bei, weil nunmehr immer größere Distanzen überwunden werden müssen, um überhaupt noch an Bargeld zu kommen.

Die davor liegenden und nicht zuletzt von den Banken selbst unternommenen Schritte zur Abschaffung des Bargeldes sind der Öffentlichkeit lange verborgen geblieben, obwohl spätestens seit den Corona-Jahren alles auf eine Forcierung des Online-Zahlungsverkehrs hinauslief. Auf jeden Fall steht fest, dass die in dieser Zeit verordneten Bewegungseinschränkungen zu einer deutlichen Ausweitung des Online-Bankings geführt haben.

Parallel dazu gingen immer mehr Anbieter von Waren und Dienstleistungen dazu über, nur noch Kartenzahlungen zu akzeptieren, und zwar ungeachtet der Tatsache, dass Bargeld bis heute das einzige gesetzliche Zahlungsmittel ist. Allerdings wurde inzwischen schon

dafür gesorgt, dass der Handel nicht mehr zur Bargeldannahme, aber dafür zur Annahme des E-Euros gezwungen ist.

Im Zuge dieser Entwicklung müssen auch die von der schon früh in Gang gesetzten Selbstbedienungswelle noch verschont gebliebenen Kassiererinnen und Kassierer in immer größerer Zahl ihre Arbeitsplätze räumen, weil das Angebot an (zumeist online genutzten) Selbstbedienungskassen rasant zunimmt.

Auch diese Entwicklung wird unter dem Aspekt der Bequemlichkeit vielfach begrüßt. Dabei wird verdrängt, dass die von den Nutzern beim Einkauf hinterlassenen Daten bei Bedarf jederzeit und schnell mit den von ihnen anderweitig erhobenen Daten verknüpft werden können. Als Beispiele seien Suchanfragen, Warenlieferungen, Kontostände, Reiseziele oder auch medizinische Befunde genannt.

Das Gegenargument lautet dann oft, dass man nichts zu verbergen habe. Dabei wird verkannt, dass es bei den digitalen Verknüpfungen eben nicht in erster Linie um Verbrechensbekämpfung, sondern um die Erstellung passgenauer Persönlichkeitsprofile geht, mit deren Hilfe wir noch gezielter als bisher beworben, kontrolliert und manipuliert werden können.

Die durch unser eigenes Verhalten unterstützten Versuche zur Abschaffung des Bargeldes ermöglichen aber auch noch ganz andere Eingriffe in unser Leben. So können wir unsere Meinungsfreiheit für immer verlieren, wenn Regierungen sich darauf verständigen, die aus ihrer Sicht gefährlichen Meinungen mit einer sofortigen Kontensperrung zu ahnden. Weil mehrmonatige Sperrungen ohne das Vorhandensein von Bargeldalternativen unweigerlich eine Vernichtung der (beruflichen) Existenz zur Folge haben, werden sich die meisten Menschen kaum noch trauen, öffentlich ein widerständiges Verhalten zu zeigen.

### **Anpassungen im Politikbereich**

In den vorangegangenen Kapiteln ist es überwiegend um unser Mittun bei den

von Privatkonzernen eingeleiteten Veränderungen gegangen, die ungeachtet aller vordergründigen Attraktivität letzten Endes nicht in unserem eigenen Interesse liegen. Aber auch Regierungen sind – wie gegen Ende des vorangegangenen Kapitels bereits angedeutet worden ist – willens und in der Lage, uns in eigennützigster Weise einzuspannen.

Ein Paradebeispiel ist das Vorgehen unserer derzeitigen Innenministerin Faeser, die ausgerechnet im Namen der Demokratie alles daransetzt, genau diese auszuhöhlen. Unter Einsatz steuerlich finanzierter Fördergelder hat sie dafür gesorgt, dass die Presse sogar noch einseitiger als in den Corona-Jahren im Sinne der Regierung berichtet, während gleichzeitig eine Zensur missliebiger Meinungen stattfindet.

Eine Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten findet durch Einführung neu ausgedachter und bewusst schwammig gehaltener Straftatbestände („Delegitimierung des Staates“) sowie durch den Aufbau einer „Früherkennungseinheit“ statt, an der neben dem Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt auch etliche mit Bedacht ausgewählte Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden sollen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die jetzige Bundesregierung eine dem Volkswohl widersprechende und friedensgefährdende Politik exekutiert, können die von ihr massiv unterstützten „Demos gegen rechts“ nur als Versuch verstanden werden, von den desaströsen Folgen der eigenen rechtslastigen Politik abzulenken. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu tragisch, dass sich viele Menschen guten Willens an solchen Aktionen beteiligen, anstatt für ihre eigenen Anliegen (Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Umverteilung der Vermögen, Investitionen in Bildung und Infrastruktur, Rekommunalisierung daseinsvorsorgender Betriebe sowie ein Mehr an echter Demokratie) auf die Straße zu gehen.

## Fazit

Insbesondere die Corona-Jahre haben sich als Brandbeschleuniger vieler Entwicklungen erwiesen, die auf einen

sukzessiven Verlust unserer Autonomie hinauslaufen. Im privatwirtschaftlichen Sektor machen uns vor allem die personellen und örtlichen Konzentrationsprozesse zu schaffen, die unsere Lebensqualität vor allem im Dienstleistungs- und Gesundheitsbereich stark beeinträchtigen.

Wie an mehreren Beispielen gezeigt werden konnte, haben wir diese Entwicklung oft mitgetragen. Zu erklären ist diese Bereitschaft mit unserem Hang zur Sparsamkeit, unserer Begeisterung für technische Innovationen, unserer Neigung zur Bequemlichkeit sowie dem uns vermittelten verführerischen Gefühl, unsere Autonomie durch Eigenbeteiligung sogar noch vergrößern zu können. Vor allem in letztgenannter Hinsicht fällt es schwer, darin einen Köder zu erkennen, der uns langfristig und ganz im Sinne der Mächtigen dieser Welt in eine totale Unfreiheit führen wird.

Zur Autonomie eines Menschen gehören Wahlmöglichkeiten, die uns schon jetzt ziemlich deutlich verloren gehen. Damit ist die momentan massiv vorangetriebene Digitalisierung aller Lebensbereiche gemeint, die uns sämtlicher analoger Alternativen berauben wird.

Aber auch in politischer Hinsicht sind wir im Begriff, uns entmündigen zu lassen. Sobald die Abschaffung des Bargeldes durchgesetzt worden ist, können wir finanziell so schnell kaltgestellt werden, dass der Wunsch nach eigenen Meinungsäußerungen oder anderen Formen der politischen Beteiligung gar nicht mehr aufkommen wird.

Spätestens dann können sich die herrschenden Eliten entspannt zurücklehnen, weil sie uns zu diesem Zeitpunkt so im Griff haben, dass sie uns nicht einmal mehr besonders kontrollieren oder manipulieren müssen. Wenn wir das nicht wollen, sollten wir uns der Rolle unserer Mittäterschaft bewusst werden und diese einstellen oder zumindest reduzieren. Noch besser wäre es, wenn wir darüber hinaus – beginnend mit einer Rückeroberung unserer gewohnten Wohn- und Lebensräume – unsere Apathie abschütteln und uns zu einem kritisch hinterfragenden Widerstand durchringen könnten.



## MAGDA VON GARREL

ist Diplompolitologin und Sonderpädagogin. In ihren seit 2008 veröffentlichten bildungspolitischen Schriften beschäftigt sie sich schwerpunktmäßig mit der zunehmenden Ökonomisierung des Schul- und Bildungswesens sowie mit der strukturellen Perspektivlosigkeit armer Schüler/innen. Als Mitglied des Berliner Schultisches setzt sich die Autorin für eine dauerhafte Bewahrung öffentlicher Schulen ein. Zuletzt erschien von ihr „Instandsetzungspädagogik Integrationsansätze für lernentwöhnte Kinder“ im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht.



## BESUCHEN SIE UNS!

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar, über QR-Code oder:

[nachdenkseiten.de/?p=122395](https://www.nachdenkseiten.de/?p=122395)